

**Annoncen-Annahme-Bureau:**  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei **Krupski (C. H. Altmir & Co.)**  
Breitstraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn **H. Spindler**,  
Markt- u. Friedr. Str. Ecke 4,  
in Grätz bei Herrn **J. Streifand**,  
in Frankfurt a. M.:  
**G. J. Panke & Co.**

# Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Hamburg,  
Bonn, München, St. Gallen:  
**Andolph Wasse;**  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel:  
**Hausenstein & Vogler;**  
in Berlin:  
**A. Reimerger, Schloßplatz;**  
in Breslau: **Emil Khabath.**

Nr. 599.

Freitag, 22. Dezember

1871.

## Amtliches.

**Berlin, 21. Dezember.** Se. Maj. der Kaiser hat den bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches, Prinzen Heinrich VII. Reuß, in St. Petersburg zu Allerhöchstem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland, sowie ferner im Namen des Deutschen Reiches den Bergwerks-Direktor Ferdinand Pütz zu Brunn in Spanien zum Vize-Konsul des Deutschen Reiches daselbst ernannt.

Die Mitglieder der Königl. Akademie der Künste in Berlin, Geh. Regierungsrath **Sitzig**, Hofmaler Professor **Graeb**, Bildhauer Professor **Wredow** und Historienmaler Professor **Becker** sind ferner auf die Dauer von drei Jahren zu Mitgliedern des Senats der Akademie ernannt worden. Dem Gymnasiallehrer **Dr. Hartung** zu Wittenberg ist das Prädikat Oberlehrer verliehen worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Berlin, 21. Dez.** [Abgeordnetenhaus.] Der Minister des Innern legt den umgearbeiteten Entwurf der Kreisordnung vor. Derselbe hält in den Hauptpunkten an dem früheren Entwurf fest, läßt jedoch das Institut der Amtshauptleute fallen, wofür die Regierung Amtsvorsteher für die kleineren Bezirke vorschlägt, welche die Polizei als Ehrenamt üben. Die Heimaths-Deputation durch den Regierungsrath-Präsidenten und ein richterliches Mitschied verfährt, soll die zweite Instanz für Verwaltungsstreitigkeiten sein. Als dritte Instanz wird ein Verwaltungs-Gerichtshof geschaffen werden. Die geschäftliche Behandlung der Vorlage wird dem Beschlusse des Hauses zufolge nach den Ferien vorbehalten.

**Köln, 21. Dezbr.** Die fällige Post aus London vom 20. d. M. Abends ist ausgeblieben.

**Sternberg, 20. Dezember.** In der heutigen Sitzung der Ständeverammlung gelangte Kapitel 3 der Propositionen betreffend die Abänderung der Bann- und Zwangsbeschränkung zur Verhandlung. Es wurden zahlreiche wesentliche Abänderungen des Gesetzentwurfs beschlossen und hierauf das Gesetz im Ganzen angenommen. Der Antrag Kistofsky, daß die Entschädigung aus Landesmitteln erfolgen solle, wurde abgelehnt; die Kistofsky-Deputierten protestirten gegen die Annahme des Gesetzes.

— 21. Dezember. Die Beschlüsse der Stände zum Gesetz betreffend die Abänderung der Bann- und Zwangsbeschränkung sind von beiden Regierungen akzeptirt worden. Der Schluß des Landtages wird morgen erwartet.

**Stuttgart, 21. Dez.** Von der Abgeordnetenversammlung wurde in der gestrigen Abend Sitzung der Gesetzentwurf wegen Forterhebung der Steuern bis ultimo Februar l. J. mit 79 gegen 4 Stimmen angenommen.

**München, 21. Dez.** In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde vom Berichterstatter des Ausschusses mitgeteilt, daß sein Antrag, die Uebertretung des Zusatzartikels zum Strafgesetzbuch, den Mißbrauch der Kanzel betreffend, der Kompetenz der Schwurgerichte zu überweisen, von den betreffenden Ausschüssen beider Kammern mit Zustimmung der Regierung adoptirt worden sei. Für morgen steht die Plenarbeschlusfassung beider Kammern über Einführung des Reichsstrafgesetzbuchs auf der Tagesordnung.

**München, 20. Dez.** Wegner, Professor der Hochschule, wurde gestern erkommuniziert. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Wien, 21. Dezbr.** Die heute erschienene „Neue Fr. Presse“ schreibt: Der Finanzminister bereitet für den Reichsrath eine Bankvorlage vor, welche das Deckungsverhältnis bei der Bank zwischen Gold und Silber abändert. — Dasselbe Blatt bestatigt, daß die Kreditanstalt eine Kapitalvermehrung nicht beabsichtigt. — Die czechischen Blätter fordern die Polen auf, dem Reichsrathe auszuweichen. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Wetz, 20. Dez.** Prof. Hoffmann hielt in der heutigen Reichstags-Sitzung eine energische Rede gegen Panzer, dem er Falschheit, Fahrlässigkeit und Mangel an Festigkeit und Würde vorwirft. Hoffmann behauptet, das Schulwesen sei im Rückgange; die Staatsautorität der Kirche gegenüber nicht gewahrt. Alles, das Etwas begonnen, habe Panzer vernachlässigt oder verdorben. Schließlich spricht Hoffmann gegen das dem Bischof Jekelschulsky gegenüber beobachtete Vorgehen. Man habe einen Mann herausgegriffen, weil Panzer einen Kampf mit den gefährlichen kirchlichen Tendenzen fürchte. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Paris, 21. Dez.** Die Prinzen von Orleans sprachen sich für die Rückkehr der Nationalversammlung nach Paris aus. In Folge dessen stimmt die ganze Orleanistenpartei gleichfalls dafür. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**London, 21. Dez.** Der Dampfer „Delaware“ ist auf der Fahrt von Liverpool nach Kalkutta gestern in der Nähe der Scilly-Inseln gescheitert. Ueber das Schicksal von Passagieren und Bemannung liegen keinerlei bestimmte Nachrichten vor und fürchtet man, daß Alles an Bord zu Grunde gegangen sei.

**Sandringham, 21. Dezbr.** Laut dem heute Mittags ausgegebenen Bulletin über das Befinden des Prinzen von Wales hat derselbe eine sehr gute Nacht gehabt. Die Kräfte nehmen allmählich wieder zu.

**Haag, 21. Dezbr.** Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Amortisation der Nationalschuld zur Höhe von 10 Millionen angenommen. Hierauf vertagte sich die Kammer.

**Rom, 20. Dez.** Der Marineminister Riboty legte der Kammer einen Gesetzentwurf wegen Errichtung eines Marinearsenals in Tarent vor, der Minister für öffentliche Arbeiten, Devincenzi, einen solchen wegen Durchscheidung des Col di Tenda. — Der zur Prüfung der Finanzprojekte niedergesetzte Ausschuss wurde durch 4 weitere Mitglieder verstärkt, welche gleichfalls zur Kammermajorität gehören.

**Madrid, 20. Dezember.** Ueber den Hergang der Ministerkrise wird von gut unterrichteter Seite noch Folgendes gemeldet: Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht, da die Mission, die der König ihm anvertraut habe, beendet sei, gleichzeitig stellte es dem König vor, daß es seinem Wunsche nicht nachkommen könne, in den Cortes, in denen es unterlegen sei, zu erscheinen. Der König hat in Hinsicht auf dieses Begehren der Minister und nach einer Konferenz mit den Präsidenten der Kammer und einigen bedeutenden Männern der politischen Parteien Sagasta mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut. Dieser hatte, um die alte progressistische Partei zu versöhnen, Zorrilla ersucht, mit ihm die Bildung eines neuen Ministeriums zu übernehmen. Zorrilla lehnte dies nach einer langen Konferenz ab, indem er erklärte, daß er der radikalen Partei angehöre. Sagasta hat darauf die Bildung des Kabinetts allein übernommen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 21. Dezember.

— Die Gerüchte, nach welchen im Februar eine Anzahl deutscher Fürsten, darunter auch der König von Baiern nach Berlin kommen werden und daß dann hier eine Reihe von Hoffesten stattfinden sollen, treten der „Frankf. Ztg.“ zufolge von Neuem mit großer Bestimmtheit auf und dürften sich auch wohl verwirklichen. Es knüpft sich daran das Gerücht, daß nach diesen Besuchen hier auch der Besuch des Kaisers Franz Joseph erwartet wird.

— Die Angelegenheit des bisherigen Direktors der Strafanstalt zu Spandau, v. Held, welche in Beamtentreisen viel von sich reden macht, hat dem Vernehmen der „Köln. Ztg.“ nach einen dem Herrn v. Held günstigen Verlauf genommen. Der Direktor war, wie bekannt, von einem Sträfling, der mit dem inzwischen scheinlich entflohenen Kassenführer Durchschieberei trieb, denunzirt worden und hatte darauf jede Verantwortung abgelehnt mit dem Bemerkten, daß er wohl ein Recht, aber nicht die Pflicht habe, sich zu verantworten, ja daß er einer solchen Angeberei gegenüber lediglich um strengste Untersuchung anhalten und sein Amt sofort niederlegen müsse. Daraufhin wurde die Disziplinaruntersuchung gegen Held eröffnet, die jedoch, irrtümlich, für gegenstandslos erklärt, weil er freiwillig die Stelle niedergelegt habe. Die Untersuchung hat, wie vorausgesehen war, Held vollständig gerechtfertigt, so daß er wohl in einer anderen Stelle Verwendung finden dürfte. Held's Vater war der bekannte Verfasser des seiner Zeit berühmten schwarzen Buches und ein Neffe des General-Lieutenants und Kommandanten des hiesigen Invalidenhauses, 1848 und 1849 in dem schleswig-holsteinischen Heere und dann in Brasilien thätig.

— Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Die Volkszählung vom 1. Dezember hat für Kassel ergeben, daß die Bevölkerungssteigerung von 38,250 Seelen bei der Zählung von 1867 auf 44,348 Seelen gestiegen ist; die Zunahme hat also etwa 16 Prozent betragen. — Für Frankfurt a. M. ergab eine vorläufige Zusammenstellung als ortsanwesende Bevölkerung einschließlich Militär 90,748 Seelen; gegen die Zählung von 1867 eine Zunahme von 12,471 Seelen oder ebenfalls beinahe 16 Prozent. Die Einverleibung in den preussischen Staat hat mithin in beiden Städten in Betreff der Bevölkerungsziffer sehr günstig gewirkt.“ — Ueber Hannover wird berichtet: Die Stadt Hannover zählte 1867 (mit Linden und dem Schloßgartenbezirk) 87,014 Einwohner, 1871 dagegen 106,520 Einwohner; für Hannover ist eine Vermehrung von 13,604 und für Linden von 5593 Einwohnern eingetreten oder bez. 18 und 49 Prozent.

**Fulda, 17. Dez.** Das Lieblingsprojekt der Ultramontanen, die Gründung einer katholischen Universität in unserer Stadt, ist noch weit von seiner Verwirklichung entfernt, indem die erforderlichen Mittel nur sehr spärlich eingeht und die bis jetzt gesammelte Summe kaum ausreichend ist, die nöthigen Ausgaben zur Ausführung der Vorarbeiten zu bestreiten. Das Sammelgeschäft ist größtentheils dem St. Katharinen-(Damen-) Verein übertragen, welcher im laufenden Jahre eine verhältnismäßig sehr geringe Einnahme erzielt hat. Allen Anschein nach ist es dem jesuitischen Klerus bis jetzt noch nicht gelungen, die nöthigen von der Nothwendigkeit einer spezifisch katholischen Hochschule zu überzeugen, obwohl die meisten deutschen Bischöfe die Ausführung des Projektes „im Interesse der freien Wissenschaft und der Erhaltung des religiösen Bewußtseins unter den Studierenden“ auf das Wärmste empfohlen haben. — Der Peterspfennig geht dagegen noch immer sehr reichlich ein, zumal seit in den Kirchen wieder mittels des Klingelbeutels für den Papst eifrig gesammelt wird. Einen nicht geringen Beitrag zu diesen nach Rom wandernden Summen liefern die Dorfbewohner, denen man die große Noth des Papstes in den grellsten Farben schildert. (Fr. Z.)

**Budapest, 13. Dezember.** Die Verhandlung in den Sectionen über die Eisenbahnfrage ist wieder auf einige Tage verschoben worden. Es hatten sich große Meinungsverschiedenheiten geltend gemacht, und es schien daher gerathen, die Sache noch privatim zu besprechen, bevor man sie vor das Forum der Sectionen brachte. So haben nun die Majorität sowohl als auch die Minorität private Besprechungen gehabt und Komitees gebildet, welche die Ansichten der beiden Parteien in Form von Amendements formuliren und feinerer der Kammer vorlegen sollen. Es heißt, daß die Minorität entschlossen sei, der Aktiengesellschaft nicht die mindeste Begünstigung, die nicht in der Konzeption Stroussberg enthalten sei, zu gewähren, während die nachsichtige Majorität nur insofern das Konventions-Projekt ändern wolle, als es die Einlösung des am nächsten 1. Januar fälligen Coupons seitens des Staates nur als einen Vorbehalt betrachtet wissen will, der nach der Uebergabe der Linien den Obligationären als Theil der garantierten Zinsen abgerechnet werden soll. Nächster Tage soll auch eine Volksversammlung in dieser Affaire hier stattfinden, und ein Blatt fordert jede Stadt und jedes Dorf in Rumänien auf, Resolutionen zu fassen und der Kammer zur Danachachtung einzusenden. „Eilt, eilt!“ ruft jenes Blatt hinzu, „die Gefahr ist vor der Thür; hört ihr nicht die deutsche Lokomotive pfeifen? Es ist der Todtenwagen, der Rumäniens Glück, Ehre und Leben zu Grunde tragen soll.“ (N. Z. B.)

**Guatemala, 18. Oktober.** Gestern hat die hiesige Regierung den Erzbischof Bernardo Piston und den Bischof Ortiz des Landes verwiesen und ist der erstere bereits heute früh nach dem Hafen abgegangen, um mit dem nächsten Dampfschiffe am 20. oder 21. den hiesigen Staat zu verlassen. Dem Bischofe hat man noch den heutigen Tag wegen Unpäßlichkeit gestattet und wird derselbe morgen früh dem Erzbischofe folgen. Ursache dieser Maßregel ist weder Religions-, noch Kirchenstreit, sondern das politische Gebahren dieser Mitglieder der hohen Geistlichkeit — natürlich unter religiösen Formen — der gegenwärtigen liberalen Regierung gegenüber, welches so weit ging, daß sie

die beiden Provinzen Santa Rosa und Chiquimula zum offenen Widerstande gegen die Regierung aufreizten und diese sich genöthigt sah, denselben in jüngster Zeit mit Militärmacht zu unterdrücken. In Santa Rosa, wo das Volk durch mittelbaren Einfluß der beiden hohen Geistlichen mit guten Waffen versehen war, kam es zu blutigen Kämpfen, die im Ganzen mehr als 400 Tode und Verwundete auf beiden Seiten ließen. Das Volk von Santa Rosa wurde total geschlagen, bekannte seine Verführung durch jene Geistlichen und hat sich gleichzeitig mit den Bewohnern von Chiquimula der Regierung unterworfen, so daß gegenwärtig im ganzen Staate vollständiger Friede herrscht. Die Wühlerei der beiden hohen Geistlichen ist noch ein Nachlaß der kürzlich vertriebenen Jesuiten (83 an Zahl aller Grade), deren Stütze sie waren und auf diese Weise auch die frühere sogenannte konservative Regierung gänzlich beherzschten, bis diese endlich am 30. Juni d. J. nach vorangegangenen blutigen Kämpfen gewaltsam gestürzt wurde durch den gegenwärtigen provisorischen Präsidenten Miguel Garcia Granados, einen sehr beliebten und liberalen Mann. Das Volk hat die Vertreibung der Jesuiten ruhig aufgenommen, nur in den Köpfen der Frauen herrscht noch Unzufriedenheit darüber. Eben so wird wahrscheinlich die Landesverweisung der beiden hohen Geistlichen gleichgültig hingenommen werden, da seit der Geburt des Unschlachts-Dogmas, bei welcher der Erzbischof Piston in Rom Pathe war, der Einfluß und das Ansehen der Geistlichen selbst bei den Indianern in diesem ganz katholischen Lande sehr gelitten hat. Wohin die Jesuiten gegangen, wohin wahrscheinlich die beiden hohen Geistlichen folgen, weiß man noch nicht bestimmt; man sagt, in Salvador sei ihnen die Landung verweigert, dagegen in Nicaragua gestattet. (Köln. Z.)

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Dezember.

— Der Abg. Stadtrath Ricket aus Danzig hat an die Magistrate derjenigen 76 Städte, in denen noch Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wird, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Der Magistrat bitte ich ganz ergebenst, behufs Verwendung bei der Vorberathung des dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesetzesentwurfes, betr. die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, nachfolgende Fragen gefälligst baldigst zu beantworten:

- 1) Betrag des im Jahre 1870 in Ihrer Stadt eingegangenen Kommunalanteils der Mahl- und Schlachtsteuer.
- 2) Einwohnerzahl der Stadt (wenn möglich nach dem Resultat der diesjährigen Zählung.)
- 3) Wie viel Steuern sind im Jahre 1869 und im Jahre 1870 zu Kommunalzwecken aufgebracht und in welcher Form?
- 4) Falls eine Kommunal-Einkommensteuer erhoben wird, welcher Betrag war im Jahre 1870 der höchste und welches der niedrigste, welchen die Zensiten gezahlt haben?
- 5) Gesamtsumme der Ausgaben im Jahre 1870 und Angabe der Hauptausgabenposten, insbesondere a. für das Schulwesen, b. Armenwesen, c. Polizei, Straßen-Reinigung, Beleuchtung u. d. Verzinsung und Tilgung von Schulden, e. Verwaltungskosten u.

Da die Beratungen in der Kommission des Abgeordnetenhauses, in welcher ich Korreferent für das Gesetz bin, sofort mit der Wiedereröffnung desselben (Anfang Januar 1872) beginnen, so bitte ich mir die Antwort, wenn möglich noch in diesem Jahre nach Danzig zu übersenden. Auch stelle ich ganz ergebenst anheim, mir anderweitiges Material für die Erörterung der Frage gefälligst zu übermitteln.

— Die Zahl der Gerichts-Äffessoren, aus denen sich die Richter vorzugsweise rekrutiren, ist seit einigen Jahren in stetiger Abnahme begriffen. Die Anzahl dieser Aspiranten ist für die richterliche Karriere seit 1869, also in circa 3 Jahren, um 254 Personen geringer geworden. Nicht man dabei in Betracht, daß von den für 1872 aufgeführten Äffessoren circa 50 zur Verwaltung und anderen Staatsdienstzweigen beurlaubt sind, so verbleiben in der ganzen Monarchie davon ca. 350 in der Justiz beschäftigt. Dauert die Abnahme der Gerichts-Äffessoren in demselben Grade noch einige Jahre fort, so wird ein derartig fühlbarer Mangel an Richtern eintreten, daß auch durch eine anderweitige Organisation der Gerichte und damit etwa verbundene Verminderung des Richterpersonals nicht mehr geholfen werden kann.

## Ver mis ch tes.

\* **Klerikaler Fanatismus.** Der „Presse“ wird aus Schnibbs folgendes Schreiben mitgeteilt, welches ein Bauerburche aus Oberndorf acht Tage vor dem Leopoldsfeste an den österreichischen Kaiser richtete und welches beweist, bis zu welchem Grade die klerikale Agitation die Gemüther fanatisirt:

„Eure Maj. Wie sehr drückt mich der Kummer um mein liebes Oesterreich, meines theuren Vaterlandes. Alles arbeitet daran, den Papst, unsern H. Vater, die Priester zu schänden und den Thron unsers allergnädigsten Kaisers zu stürzen und das ganze Reich zu zerrüttern. O, mein theures, liebes Oesterreich! Eure Maj., ich bitte Sie unterthänigst, mich bis zum Feste des h. Leopold, dem ersten Fürsten im Lande Oesterreich, zu Hause zum Soldaten zu machen und mir ein weißes Tuch zur Montur und die Rüstung zu schaffen. Ferner bitte ich einen Offizier zum Einzerziren nach Oberndorf zu schicken, und die letzte Bitte ist, daß ich bis zu meiner eigentlichen Stellung bei meinem Vater bleiben kann und lauter gute Christen zu Soldaten heranzubilden darf. Eure Maj., ich bitte nochmals, mir diese Bitte zu erfüllen. Ich werde Alles aufbieten, Eure Maj., die ganze kaiserl. Familie und theures Vaterland zu retten und zu vertheidigen. Ich unterzeichne mich unterthänigst als Eure Maj. treues Landeskind.“

Adresse:  
An Sr. Hochwohlgeborenen Majestät Anton Schillinger  
Franz Josef I., Kaiser von Oesterreich in Oberndorf bei Burgall, Gemeinde Gries, Hans-Nr. 16.  
Bitte bis Sonntag gewiß.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

## Angewommene Fremde vom 22. Dezember.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Oberamt. Heintze u. Frau a. Strumian, Pökel u. Tochter a. Strumian, Adjut. Frhr. v. Meinenbeben a. Riegnitz, Mittmstr. a. D. v. Kalkreuth a. Weiskerau, die Kaufm. v. Symonoff a. Warschau, Martin a. Rürnberg, Panich a. Berlin, Rent. u. Nittergutshof, v. Gersdorf a. Barchwitz, f. Ranshallmeister v. Roke a. Zirl, Ritterschaftrath Bar. Winterfeld a. Mur-Goslin, die Rittersch. Bar. Winterfeld a. Roscinno, v. Tacjanowski a. Szpłowo, v. Sulersky a. Warschau, Rent. v. Szolbrski a. Popowo.



